

An den zahlreichen, teils heftigen Äußerungen der starkliberalen Gegner von Aktiengesellschaften in den 1790er Jahren lässt sich erkennen, dass sie eine genaue Vorstellung von der Wirtschaftsordnung hatten, die sie favorisierten. Sie forderten alle eine Marktwirtschaft, in der Macht deutlich begrenzt würde. Die Herausbildung von Macht auf Seiten der Unternehmen war nach ihrer Meinung nicht die Folge echten Wettbewerbs; sie war vielmehr das Resultat eines staatlich protegierten Kapitalismus, der mit einer Marktwirtschaft auf der Basis der Menschenrechte mit freiem Marktzutritt für alle nichts mehr gemeinsam hatte. Ihr ordnungspolitisches Leitbild war das einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft.

### 8.3 Marktwirtschaft ohne die Macht von Kapitalgesellschaften 1

Aus der Sicht der amerikanischen Starkliberalen, die die ersten Aktiengesellschaften bekämpften, schlossen sich Kapitalismus und Marktwirtschaft aus. Die Vorstellung einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus wird heute, sofern sie überhaupt als ordnungspolitische Idee wahrgenommen wird, von vielen Gesellschaftswissenschaftlern als »vormodern« diskreditiert. In Wirklichkeit handelt es sich um die der alten überkommenen Ordnung am weitesten entgegengesetzte Alternative, die von den verschiedenen Strömungen der Amerikanischen Revolution hervorgebracht wurde. Die ursprüngliche starkliberale *Laissez-faire*-Position bedeutete weder Verbleib im Alten noch reines Nichtstun; vielmehr riefen ihre Verfechter zum Kampf für eine moderne und demokratische Form des Wirtschaftens auf: Ein wirklich freier Markt hätte durch aktive Ordnungspolitik erst gegen die Aristokratie des englischen, dann gegen die des amerikanischen Merkantilismus durchgesetzt werden können.

War dieses Leitbild einer freien Marktwirtschaft ohne kapitalistische Macht-konzentrationen überhaupt zukunftsfähig? Hätte es den ökonomischen Notwendigkeiten der USA um 1800 gerecht werden können? Lässt sich diese Frage mit unserer Gegenwart verbinden? Könnten die ordnungspolitischen Ideen und Konzepte derer, denen die Gründung der S.U.M. seinerzeit so missfiel, heute noch das Ziel einer alternativen Wirtschaftspolitik sein, die das Problem der Machtzentration und der Armut lösen könnte?

Die Frage ist in Bezug auf die handwerkliche und frühindustrielle Produktion und sogar in Bezug auf die im Lauf des neunzehnten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten entstehenden Trusts leicht zu beantworten. Schon am Beispiel dieser ersten, riesigen Akkumulationen von Kapital zur Herstellung von Gütern zeigt sich der strukturbedingt auftretende, ökonomisch kontraproduktive Effekt. Denn die

---

zösischen Milliardäre Arnault, Bettencourt und Pinault im Nu Hunderte Millionen Euro zur Verfügung stellten.

aufgrund von Gesetzen gewährte materielle Privilegierung der Aktiengesellschaften gegenüber solchen Privatunternehmen, die mit ihrem Vermögen vollständig haften, bedeutet eine ungeheure Fehlallokation finanzieller Ressourcen. Im Fall der S.U.M. führte dieses marktfeindliche Verhalten trotz des staatlichen Protektionismus zu enormen wirtschaftlichen Fehlschlägen.

Aber selbst der Erfolg großer Aktiengesellschaften, wie er – trotz des raschen Endes der S.U.M. im Jahr 1796 – für die Wirtschaft der USA charakteristisch wurde, sagt nichts über ihren gesamtwirtschaftlichen Nutzen aus. Im Gegenteil, die ungeheuren Wachstumsraten der Eisenbahn- und Ölgesellschaften des neunzehnten Jahrhunderts waren nicht das Ergebnis von Leistungswettbewerb, sondern einereits die Folge der räuberischen Privatisierung öffentlicher Ressourcen, etwa durch Landgeschenke an diese Kompanien, andererseits der Sozialisierung privater Verluste, etwa durch Haftungsbeschränkungen und Schutzzölle, die letzten Endes von den Konsumenten zu tragen waren.<sup>20</sup>

Erst wenn wir erkennen, dass der Typus Marktwirtschaft, der sich seit dem achtzehnten Jahrhundert gebildet hat, keine zwingend notwendige Erscheinung ist, können wir die Tragweite der im Folgenden noch einmal skizzierten Alternative begreifen.

In den jungen Vereinigten Staaten existierten zwei in ihrer Weise gleichermaßen moderne Vorstellungen von Wirtschaftsordnung: Es gab den antidemokratischen, protektionistischen Kapitalismus auf der einen, die demokratische, anti-protektionistische Marktwirtschaft auf der anderen Seite. Die heute bestehende Wirtschaftsordnung der USA gründet zwar auf dem ersten der beiden Modelle; sie wurde aber durch starkliberale Kräfte immer wieder in eine offenere, demokratischere Richtung gerückt, die übrigens ein Vordenker wie Hamilton auf keinen Fall im Sinn gehabt hatte. Trotz dieser Korrekturen laufen die Vereinigten Staaten bei ihrer derzeitigen ökonomischen Konstitution Gefahr, ihre demokratische Substanz zu zerstören. Deshalb stellt sich die Frage, ob es möglich ist, die Verfassungswirklichkeit der USA in Richtung auf das zweite der beiden Modelle zu reformieren. In den heutigen politischen und ökonomischen Debatten wird diese Möglichkeit erst gar nicht erkundet. Zu abstrakt, zu irreal erscheint die Idee, die existierende Form des Kapitalismus abzuschaffen. Die Vorstellung einer machtfreien Marktwirtschaft halten die meisten für ebenso unsinnig wie eine Wiederbelebung des Prager »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«.

Das Modell der nicht- kapitalistischen Marktwirtschaft war jedoch um 1800 wahrscheinlich zur Beschreibung so gut wie aller Unternehmen tauglich, die Güter herstellten oder mit Gütern handelten. Und bis in die 1990er Jahre lagen weltweit die meisten Arbeitsplätze bei Unternehmen, die keine Kapitalgesellschaften waren.

<sup>20</sup> Max Silberschmidt: *Amerikas industrielle Entwicklung. Von der Zeit der Pioniere zur Ära von Big Business*, Bern 1958, S. 53–126.

Weite Teile der Produktion solcher Gesellschaften ließen sich wohl noch heute genauso gut, wenn nicht besser in Unternehmen durchführen, die von voll haftenden Selbstständigen geleitet würden.<sup>21</sup>

Trotzdem steht hinter der allgemeinen Weigerung, die Möglichkeit einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft auch nur zu erwägen, nicht allein mangelnde Fantasie oder ein mangelndes Interesse an radikaler Reform, sondern auch eine Reihe tatsächlicher ökonomischer Probleme. Gewisse Rahmenbedingungen, die sich nicht von heute auf morgen ändern lassen – etwa die stark wachsende Zahl der Menschen, die ernährt werden müssen, oder ökologisch desaströse Entwicklungen, die es weltweit innerhalb weniger Jahrzehnte umzukehren gilt – erzwingen eine Wirtschaftsordnung, in der auch Kapitalmärkte und mit ihnen Kapitalgesellschaften ihren Platz haben.

Ob es künftig eine Form des Kapitalismus ohne Wirtschaftsmacht geben kann, die, ähnlich wie das Konzept von Marktwirtschaft der Anti-Charter-Bewegung, demokratische Verfassungen nicht blockiert – diese Frage bildete schon während der 1780er Jahre den Hintergrund einer in den USA öffentlich geführten Debatte. Es ging dabei um die Genehmigung und Gründung der ersten durch und durch kapitalistisch organisierten amerikanischen Bank, der Bank of North America.<sup>22</sup> Dieses Projekt wurde ausgerechnet in jenem Bundesstaat initiiert, der sich 1776 eine besonders demokratische Verfassung gegeben hatte. Bei aller Achtung vor der Kohärenz, den Pennsylvanias erste Verfassung in Bezug auf das Verhältnis von Wirtschafts- und Staatsordnung enthält, tritt auch hier ein Problem auf, welches das Fundament der Konstitution tangiert: Sie ist zwar nicht widersprüchlich, aber unterbestimmt. Wesentliche rechtliche Fragen, welche diese Verfassung aufwirft, können aufgrund ihrer Vorgaben nicht beantwortet werden.

In der Praxis geschah folgendes: Zunächst herrschte eine Art Balance. Die durch die Verfassung etablierte Ordnung provozierte keinerlei Konzentration wirtschaftlicher Macht. Diese Ordnung funktionierte aber nur, weil es zunächst noch nicht zu größeren, längeren Prozessen ökonomischer Konzentration kam. Solche Zusammenballung konnte vermieden werden, solange es sich um eine Marktwirtschaft handelte, die sich unter anfangs egalitären Konditionen und bei geringer ökonomischer Dynamik allmählich entfaltete. Da diese Voraussetzungen in Pennsylvania zunächst weitgehend erfüllt waren, war Pennsylvanias Verfassung trotz ihrer Radikalität durchaus nicht wirklichkeitsfremd. Sobald aber die vor-kapitalistische

<sup>21</sup> Hal Kane: *Microenterprise. The Other Half of the World's Economy*, in: *World Watch. Vision for a Sustainable World*, Bd. 9, H. 2, 1996, S. 11–18.

<sup>22</sup> Zur Einführung in die Entstehung und Geschichte der Bank of North America siehe den Artikel *Bank of North America*, [https://en.wikipedia.org/wiki/Bank\\_of\\_North\\_America](https://en.wikipedia.org/wiki/Bank_of_North_America). Von dort auch Zugriff auch wichtige historische Dokumente zum Thema

Marktwirtschaft in eine voll-kapitalistische überging, zeigte sich, dass eine Verfassung wie die von Pennsylvania nicht bestimmt genug war, um eine zu starke Konzentration von Kapital zu verhindern.

Es war aus genau diesem Grunde, dass in den USA die Frage auftauchte, wie unter den Bedingungen einer beginnenden kapitalistischen Dynamik Institutionen geschaffen werden könnten, die den normativen Ansprüchen des starken Liberalismus gerecht werden. Eine Rolle bei dem Versuch der Lösung dieses Konflikts spielten sowohl ideelle Orientierungen, die den Konsens über die Verfassung betrafen, als auch materielle Interessen. Exemplarisch war die Kontroverse um die Bank of North America, wie sie in Pennsylvania von 1784 bis 1786 ausgefochten wurde.<sup>23</sup>

Der 1783 beendete Unabhängigkeitskrieg hatte die USA, aufgrund ihrer noch kaum entwickelten, von England abhängigen Kapitalmärkte, vor die Notwendigkeit gestellt, ein modernes Bankenwesen zu schaffen. So entstand eine paradoxe Situation: Einerseits konnte die Freiheit nur erfolgreich verteidigt werden, wenn der Krieg finanziert werden konnte, was allein in der Form einer als Bank organisierten Kapitalgesellschaft möglich war. Andererseits waren die Kapitalgesellschaften, von der East India Company bis zur Bank of England, eben erst von der öffentlichen Meinung als freiheitsgefährdend erkannt worden. Sie gehörten zu den Strukturen, gegen die sich die Amerikanische Revolution gewandt hatte.<sup>24</sup>

## 8.4 Die Entstehung der Bank of North America: Die Kontroverse um ihre Gründung

In widersprüchlicher Lage mussten die Starkliberalen die für ihr materielles wie politisches Überleben entscheidende Frage beantworten, ob sich eine Bankverfassung formulieren, ja überhaupt ein Geldsystem etablieren ließe, die beide ökonomisch leistungsfähig wären und zugleich der Demokratie keinen Schaden zufügen könnten.

---

23 Leider steht die Kontroverse um die Bank of North America bei der Geschichtsschreibung im Schatten der wenig späteren Shayschen Rebellion. Zum Thema der Bank siehe die Arbeiten folgender vier Autoren: Robert L. Brunhouse, wie Anm. 25 Kap. 5, S. 111f, S. 173–175, S. 195–197 – Thomas M. Doerflinger: *A Vigorous Spirit of Enterprise. Merchants and Economic Development in Revolutionary Philadelphia*, Chapel Hill/North Carolina und London 1986, Abschnitt *The Bank of North America*, S. 296–310 – F. Cyril James: *The Bank of North America and the Financial History of Philadelphia*, in: *The Pennsylvania Magazine of History and Biography*, Bd. LXIV, H. 1, 1940, S. 56–87 – Wolfram Weimer: *Die Kontroverse um die Bank of North America, 1783–1787*, Phil. Diss., Frankfurt a.M. (u.a.O.) 1991.

24 Elisha P. Douglass: *The Coming of Age of American Business. Three Centuries of Enterprise, 1600–1900*, Chapel Hill/North Carolina 1971, S. 41f.